

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Festsprescher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Dietrichs-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Festsprescher: Dönhoff 2506-2507

Die französische Antwort.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Wie der 'Matin' mitteilt, hat Poincaré bereits gestern nachmittag die Antwort auf den englischen Fragebogen abgefaßt. Bevor er der britischen Regierung die Antwortnote zustellt, hält er sich für verpflichtet, sie dem belgischen Ministerium zur Kenntnis zu bringen, damit der belgische Ministerpräsident, der den gleichen Fragebogen erhalten habe, in der Lage sei, in London eine annähernd identische Erklärung abzugeben.

Paris, 15. Juni. (Eca.) Ueber die französische Antwort auf das englische Memorandum herrscht vorläufig noch völlige Unklarheit, die durch die in Brüssel eingetretene Ministerkrise noch erhöht wird. Noch gestern Abend wurde im Quai d'Orsay erklärt, daß vor jeder weiteren Antwort an England eine Stellungnahme Brüssels und Klarheit aller Einzelheiten zwischen der französischen und belgischen Regierung unbedingt notwendig sei. Man sieht nicht recht, wie diese Stellungnahme während der belgischen Krise zustande kommen kann, und wenn sich die überall zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen bestätigen, daß die Neubildung des belgischen Kabinetts eine recht langwierige Angelegenheit sein könnte, so würde dies voraussichtlich auch eine Verschiebung der englisch-französischen Verhandlungen bedeuten.

Paris, 15. Juni. (Eca.) Das 'Echo de Paris' veröffentlicht aus der französischen Note folgende Einzelheiten: Frankreich fordert die Aufhebung aller Verordnungen und Befehle der Reichsregierung seit dem Betreten des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier; ferner eine Amnestie für alle Deutschen, die von deutschen Gerichten verurteilt wurden, weil sie sich den Verordnungen der Rheinlandkommission, der französischen Gerichte und Behörden gefügt haben; ferner ein schriftliches Versprechen der Reichsregierung, gegen jene Deutschen keine Vergeltungsmassnahmen zu ergreifen, die den Verordnungen der Befehlungsbehörden gehorchten. Frankreich fordert weiter die

Wiederaufnahme der Arbeit durch die Eisenbahner sowie Verordnungen der Reichsregierung, wonach allen Beschlüssen der Rheinlandkommission, den Urteilen der französischen Militärgerichte usw. Gehorsam zu leisten sei; Aufhebung des Verbots an

deutsche Handeshäuser, mit den Alliierten Handel zu treiben, und endlich Verordnungen an die deutschen Behörden, den Befehlungsbehörden in allen Punkten Gehorsam zu leisten.

Frankreich gibt in seiner Note ferner die Massnahmen an, die an dem Tage in Kraft treten sollen, an dem der deutsche Widerstand aufhört. Die durch Deutschland übergebenen Bonds der Kategorie C sollen zur Annullierung der interalliierten Schulden dienen. Von den Bonds der Kategorie A und B im Nominalwerte von 50 Milliarden fordert Frankreich

26 Milliarden.

Die Kohlen- und Naturallieferungen müßten in vollem Umfange wiederaufgenommen werden. Die Zölle müßten in Gold bezahlt werden. Eine 20prozentige Ausfuhrsteuer müsse erhoben werden. Während des Moratoriums müßten einzelne Pfänder weiterhin zu den Reparationen herangezogen werden. Die französisch-belgische Eisenbahnregie müsse in eine interalliierte Gesellschaft umgewandelt werden. Dasselbe habe mit einzelnen Bergwerken im Ruhrgebiet zu geschehen. — Dem 'Echo des Paris' zufolge wünscht Frankreich, daß jeder weitläufigen Erörterung über die Reparationsfrage eine Besprechung über die Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet vorangehen soll.

Die Londoner City und die deutsche Note.

Eine Erzählung des 'Matin'.

Paris, 15. Juni. (Eca.) Sauerwein, der vom 'Matin' nach London gefandt worden ist, um sich anlässlich der Spannung zwischen den alliierten Kabinetten über die Stimmung der Londoner politischen Kreise zu orientieren, erklärt in einem langen Telegramm, das letzte deutsche Angebot sei tatsächlich in der City ausgearbeitet worden und sei nichts anderes als der vielbesprochene und niemals veröffentlichte Plan Mac Kennas. Man hätte Guno das Versprechen gegeben, einen entscheidenden diplomatischen Schritt zu tun. Die englische Regierung sollte eine Art Ultimatum an Frankreich senden und es zwingen, den deutschen Vorschlag als Diskussionsbasis anzunehmen.

widlungen infolge des Regierungswechsels zu befürchten. Ich muß die Behauptungen gewisser Zeitungen zurückweisen, welche die neue Regierung der Deutschfreundlichkeit und der Sympathien für Ungarn bezichtigen und den Glauben erwecken möchten, es seien die Ereignisse der letzten Tage unter Mithilfe Deutschlands vorbereitet worden.

Belgrad, 14. Juni. (II.) Der Abgeordnete Dastalov, ein Bruder des Prager Gesandten, der 1918 als Vertreter der Aufständischen Fronttruppen gegen Sofia marschierte, ist aus Sofia geflüchtet und hat den Bauernwiderstand organisiert. Der Abgeordnete Boiem, der Sobranjepräsident war, ließ auf der Straße von Radomir nach Sofia sämtliche Brücken in die Luft sprengen. Von Radomir aus wird Sofia durch die Eisenbahn mit Kohlen versorgt.

Militärdienstpflicht für Oberschlesien.

Kattowitz, 14. Juni. (II.) In der heutigen Sitzung des Kattowitzer Sejms wurde von Vertretern des Korfanty-Blocks ein Antrag gestellt, daß der ober-schlesische Wojwode bei der Warschauer Regierung dahin vorstellig werden möge, daß die allgemeine Militärdienstpflicht auch auf Oberschlesien ausgedehnt wird. Der polnische sozialdemokratische Abgeordnete Blenczy-Kiewicz wandte sich gegen diesen Antrag mit der Begründung, daß gerade während der Abstimmungszeit der Korfanty-Block dafür eingetreten sei, daß für Ostoberschlesien eine achtjährige Dienstverpflichtung durchgedrückt werden solle. Trotzdem wurde der Antrag des Korfanty-Blocks angenommen.

Höllein aus Frankreich ausgewiesen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ist gestern Abend in der Richtung nach Straßburg-Rehl abgeschoben worden.

Die belgische Regierungskrise.

Brüssel, 15. Juni. (WTB.) Der König hat die Demission des Kabinetts angenommen.

London, 15. Juni. (WTB.) Dem Brüsseler Berichterstatter der 'Times' zufolge ist es wahrscheinlich, daß der belgische König Theunis bitten werde, das Kabinett neu zu bilden. Der Pariser Berichterstatter des 'Daily Express' schreibt, der Rücktritt des belgischen Kabinetts habe in französischen politischen Kreisen einen tiefen Eindruck gemacht, es werde anerkannt, daß die politische Krise in Brüssel eine weitreichende Wirkung auf die Reparationsfrage haben müsse. Man sei der Ansicht, daß, wenn der Außenminister Jaspars Ministerpräsident werden sollte, eine Aenderung in der belgischen Politik stattfinden müsse, und dieser Wechsel würde die Wirkung haben, daß Belgien dem britischen Standpunkt näher gebracht würde. Es sei bekannt, daß die Ansichten Theunis' und Jaspars in der letzten Zeit nicht übereinstimmen.

Paris, 15. Juni. (Eca.) Der Brüsseler Korrespondent des 'Petit Parisien' schreibt über die weitere Entwicklung der belgischen Krise, daß sich zwei Hypothesen aufdrängen: entweder die Liberalen oder die Katholiken (Flamische einbezogen) finden eine Formel des Ausgleichs, die eine Regierung — und zweifellos eine Regierung Theunis — vor dem Parlament verteidigen könnte, mit der Gewißheit, dort eine Majorität zu finden, oder aber Sozialisten und Flamen werden sich einigen, um ein Programm durchzuführen, das so wesentliche Punkte, wie die Flamisierung der Genter Universität und ein weniger anspruchsvolles Militärgesetz, als das von Herrn Davezès vorgelegte, enthält. Der ersten dieser beiden Kombinationen steht der Charakter der Flamen entgegen, die um jeden Preis einen vollkommenen Sieg wünschen. Die zweite stößt sich an der Furcht vor dem Sozialismus, die sich besonders seit dem letzten Streik im Lande verbreitet hat.

Die Lage in Bulgarien.

Sofia, 14. Juni. (II.) Wie die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, ist Stamboljiski heute im Dorfe Solak bei Slovooshtja gefangen genommen worden.

Sofia, 14. Juni. (WTB.) Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Heute gab der Minister des Auswärtigen den Vertretern der ausländischen Presse folgende Erklärungen über zwei Punkte. Die Bewegung, welche das Kabinett Stamboljiski stürzte, hat keinerlei militärischen Charakter, sondern ist rein politisch. Die Armee wird nur herbeigezogen, um gewisse Massnahmen durchzuführen, welche die Aufrechterhaltung der Ordnung bezwecken und um eventuelle Widerstandsversuche seitens der Anhänger Stamboljiskis zu verhindern. Es wäre also durchaus falsch, zu sagen, es habe in Bulgarien ein Militärputsch stattgefunden. Was die in gewissen Kreisen verbreiteten Gerüchte anbelangt, nach welchen der Sturz der alten Regierung unter Mithilfe des mazedonischen Komitees erfolgt sei, erkläre ich im Namen der Regierung, daß die Bewegung, welche den Sturz der agrarischen Regierung herbeigeführt hat, rein bulgarischer Natur war. Die Befürchtungen gewisser Kreise im Ausland, es möchte Bulgarien wieder zu einer Kriegspolitik zurückkehren, sind ebenfalls durchaus unbegründet. Die gegenwärtige Regierung ist fest entschlossen, eine Politik des Friedens und des nationalen Wiederaufbaues zu betreiben. Unsere Nachbarn haben keinerlei Grund, eventuelle Ver-

Dollar bis 110 000.

Die heute aus London und Paris vorliegenden Meldungen lassen noch immer keine Entspannung der außenpolitischen Lage erkennen. Die Kabinettskrise in Belgien weckt die Befürchtung einer weiteren Verschiebung der Verhandlungen über die Reparationsfrage. Außerdem steht anscheinend Frankreich seinen systematischen Kampf gegen die deutsche Währung weiter fort, indem es im Ruhrgebiet unentwegt weitere Bestände deutschen Papiergeldes beschlagnahmt und diese gestohlenen Milliarden an den Weltbörsen zum Verkauf anbietet, um den Kurs der deutschen Mark herabzudrücken. All diese Momente bestärken auch die deutschen Börsen in ihrer pessimistischen Beurteilung der Lage. Am Devisenmarkt halten sich im großen und ganzen unter geringen Schwankungen die gestern und vorgestern erreichten Rekordkurse. In der ersten Börsenstunde wurde heute der Dollar mit 108 750 bis 110 000 gehandelt.

Im Effektenverkehr zeigt sich eine bemerkenswerte Revivität des Publikums, das die erreichten hohen Kurse benutzt, um seine Gewinne in Sicherheit zu bringen. Auch in Börsenkreisen beurteilt man die Aussichten des Effektengeschäftes nicht mehr so zuversichtlich wie bisher. Immerhin wurde das heute an den Markt kommende Material bei etwas ermäßigten Kursen noch glatt aufgenommen. Im weiteren Verlauf der Börse setzte sich sogar wieder eine etwas festere Tendenz durch.

Wertbeständiger Lohn?

Von Dr. Theodor Cassau.

Seit nahezu einem Jahre erleben wir einen Verfall unserer Währung, demgegenüber heute jeder Marksturz aus den Vorjahren unendlich harmlos und klein wirkt. Dieser Währungsverfall mußte eine entsprechende Preisrevolution mit sich bringen. Daß es der gesamten Arbeiterschaft unmöglich war, mit den bisherigen Mitteln gewerkschaftlicher Lohnpolitik dieser Preisentwicklung zu folgen, fühlt ein jeder, und die Frage: 'Sind wir auf dem richtigen Wege, müssen wir nicht andere Methoden einschlagen?', die vor einem Jahre auftauchte, hört und liest man jetzt wieder allertönen.

Es ist jedoch gut, derartige Fragen nicht auf Grund des Gefühls, sondern auf Grund zahlenmäßigen Materials zu prüfen. Nehmen wir als Typ für die Lohnentwicklung den Deutschen Holzarbeiterverband, eine außerordentlich kampfkraftige Organisation qualifizierter Arbeiter, so werden wir einen ungefähren Anhalt haben.

Der Holzarbeiterverband führt für seine Facharbeiter, die dem Reichsmantelvertrag unterstehen, seit dessen Inkrafttreten Juli 1921 einen Lohnindex, dem im wesentlichen dieselben Städte zugrunde liegen, auf deren Angaben das Statistische Reichsamts seinen Lebenshaltungsindex aufbaut. Der über den Ernährungsindex berechnete Reallohn ergibt für die Zeit zwischen dem Juli 1921 und dem Oktober 1922 ein Schwanken zwischen 60 und 70 Proz. des Friedensreallohnes, in Zeiten des Marksturzes und der Preissteigerung sanken die Löhne auf 62, 60, auch 59 Proz. herab, und in Zeiten der Stabilität wurden diese Senkungen dann wieder ausgeglichen durch Steigerungen auf 70, ja 73 Proz., so daß sich für den Durchschnitt Januar/September 1922 ein Durchschnittsreallohn von 66,5 Proz. ergibt und damit eine kleine Steigerung gegenüber der zweiten Hälfte 1921. Rechnet man aber für die drei Monate Oktober bis Dezember den durchschnittlichen Reallohn aus, so erhält man 55,3 Proz. des Friedens- und für die drei Monate Januar bis März 1923 einen durchschnittlichen Reallohn von 56,3 Proz., so daß die Holzarbeiter vom Oktober 1922 bis März 1923 insgesamt einen Verlust von rund einem Sechstel des Durchschnittsreallohnes von Januar/September 1922 erlitten haben und nur ungefähr den halben Reallohn des Friedens erreichten. Für die Frage, die uns heute interessiert, ist es übrigens unwesentlich, ob der Reallohn etwas über oder etwas unter der Hälfte des Friedenslohnes liegt, wesentlich ist nur der Abstieg gegenüber den vorhergehenden Monaten.

Obwohl auch heute noch zeitweilig der Reallohn auf die höheren Sätze der günstigen Monate steigt, ist er im ganzen doch stark gesunken, weil der Ausgleich für die besonders niedrigen Löhne der katastrophalen Monate, der früher nicht nötig war, fehlt. Wir sehen also klar und deutlich ein Sinken des Lohnes und ein Sinken der Lebenshaltung, die offenbar in Zeiten so rascher Marktentwertung trotz heftiger Kämpfe mit den bisherigen Methoden der Lohnbildung nicht verhütet werden können. Es ist verständlich, daß der Wunsch nach wertbeständigen Löhnen wieder die große Masse der Arbeiterschaft durchdringt. Was läßt sich tun, wie kann man wertbeständige Löhne schaffen?

Zwei Wege sind zunächst zu unterscheiden, entweder ist das Ziel durch Aenderung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, d. h. Aenderung der Tarifverträge, zu erstreben oder durch währungspolitische Massnahmen. Unter den Methoden der Lohnbildung würde in erster Linie der Indexlohn zu prüfen sein. Man hat bereits vor Jahresfrist über die Indexlöhne vielfach debattiert, ohne freilich im allgemeinen das Problem richtig gestellt zu haben. In der öffentlichen Polemik gegen den Indexlohn wurde angeführt, der Index lauge nichts, die Gewerkschaften könnten darunter leiden, Indexlohn verhöhe die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. Daß der Index des Statistischen Reichsamtes mit seiner heutigen monatlichen Durchschnittsberechnung aus zwei Stichtagen für einen Indexlohn in der gegenwärtigen Zeit der raschen Preisentwicklung ungeeignet ist, ist klar, doch stehen sich diese Schwierigkeiten überwinden. Die anderen Argumente sind aber abwegig. Vor dem Kriege schloß man Tarifverträge auf ein bis vier, ja fünf Jahre ab, warum soll man nicht heute die Verträge wieder wie vor zwei Jahren auf zwei bis drei Monate abschließen und innerhalb dieser Zeit den tatsächlich auszu zahlenden Betrag automatisch nach dem Index richten lassen? Wenn die Gewerkschaften damals den Indexlohn allgemein abgelehnt haben, so waren sie dabei wohl weniger von den eben ausgeführten Argumenten beeinflusst, die die Befürworter des Indexlohnes nur zu leicht zum Spott veranlaßten, sondern maßgebend war die Überlegung: die gegenwärtige Geldentwertung ist ein vorübergehender Zustand und geht unter mancherlei Einflüssen über den künftigen Stabilisierungsstand der Mark erheblich hinaus, so daß in der mit der Stabilisierung kommenden Krise der Lohnabbau bei Indexlöhnen automatisch erfolgen würde, und die Lohnstabilisierung auf dem zur Zeit dieser Diskussion geltenden zu niedrigen Reallohn von etwa zwei Dritteln des Friedens stattfinden würde. Man wollte sich für diesen Fall die Bewegungsfreiheit sichern, sah, daß man auch während der Geldentwertung diesen Reallohn von zwei Dritteln festhalten konnte, und hätte bei einer Stabilisierung der Mark von dem Preissturz trotz Krise profitiert und eine Erhöhung des Lohnes herbeigeführt.

Das Hohenzollern-Vermögen.

Bedeutende Abstimmungen im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm heute zu Beginn der Sitzung bei den Abstimmungen über die Entschliessungsanträge zum Haushalt einen Antrag der Sozialdemokraten an, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mitteilungen zu machen über das Ergebnis der von dem Staatsministerium durchgeführten Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse am Hohenzollernvermögen, im besonderen über Entschliessung, Wert und Ertragsmäßigkeit des Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenzollernhauses gelangten Vermögenswerte und Zahlungen, sowie über die dem Staate aus dem jetzigen Zustande erwachsenen Verwaltungskosten. Der Antrag unserer Genossen wurde mit 149 gegen 138 Stimmen angenommen. Für ihn stimmte auch der linke Flügel des Zentrums.

Gleich darauf brachten es die bürgerlichen Parteien fertig, geschlossen den Antrag unserer Genossen abzulehnen, der das Staatsministerium ersucht, die Hochbauverwaltung und alle übrigen für die Vergabung von Bauaufträgen zuständigen Behörden anzuweisen, daß bei allen Ausschreibungen und sonstigen Arbeitsvergaben auch die gemeinnützig tätigen sozialen Baubetriebe zum Wettbewerb herangezogen werden. Die bürgerlichen Parteien, die doch sonst immer als Vorkämpfer der freien Konkurrenz auftraten, erschwerten damit also die Heranziehung der sozialen Baubetriebe zu Wettbewerben bei der Vergabung von Bauaufträgen.

Das Landessteuergesetz.

Der Steuerauschuß des Reichstages verabschiedete am Donnerstag in dritter Lesung das Landessteuergesetz. Der Hauptstreitpunkt der Erhöhung der Umsatzsteuer ist im Sinne der Sozialdemokratie entschieden worden. Es bleibt bei dem bisherigen Satz von 2 Proz. Die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer wurde von 5 auf 15 Proz. erhöht die der Länder bleibt unverändert. Die Viehsteuer ist aus dem Entwurf gestrichen. Die Besoldungszuschüsse der Beamten in Ländern und Gemeinden treten mit Wirkung ab 1. Oktober 1922 in Kraft. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist bis auf den 1. April 1925 befristet worden.

Der Auschuß beschäftigte sich ferner mit einer Petition des Reichsverbandes deutscher Zeitungsvorleger wegen Ermäßigung der Inzeratensteuer. Der Auschuß beschloß, daß die Steuer für die Uebernahme von Anzeigen betrage: bei Zeitungen und Zeitschriften von den ersten 10 Millionen Mark des innerhalb eines Kalenderjahres vereinbarten Entgeltes 1/2 Proz., für die nächsten 10 Millionen Mark 1 Proz., für die nächsten 10 Millionen Mark 1 1/2 Proz. und darüber hinaus 2 Proz. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates die Staffeln der Veränderung des Geldwertes anzupassen. Diese Vorschriften treten mit Wirkung vom 1. Januar 1923 in Kraft.

Frankreichs Säbelregiment.

Mißhandlung eines schwedischen Staatsangehörigen.

Von der Schulleitung der deutschen Uhrmacherschule in Blaschütze i. Sa. wird uns geschrieben:

Der schwedische Staatsangehörige John Göranson, der zurzeit die Deutsche Uhrmacherschule in Blaschütze i. Sa. besucht, befand sich am 13. Mai in Dären. Als er abends 10 Uhr vor der Wohnung eines Schulfreundes stand, kam ein Trupp Marokkaner und nahm ihn, obgleich er seinen Paß vorzeigte, mit zur Kommandantur. Nach einigem Warten wurde er in ein Zimmer geführt, in dem sich drei französische Offiziere befanden. Diese behaupteten der vorgezeigte Paß sei falsch, und G. wurde als „Spion“ verhaftet. Nach halbständigem Warten in einem Pferdebestall wurde er wieder hineingeführt und vollständig entkleidet. Als man begann, ihn zu misshandeln, legte er sich zur Wehr, worauf ihm die Hände auf dem Rücken gebunden wurden und er mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert wurde. Er wurde dann unter weiteren Mißhandlungen in Hemd und Hose wieder in den Pferdebestall gebracht, wo er unter dem Schutz von drei Schwarzen auf dem Zementboden schlafen durfte. Nach zweitägiger Gefangenschaft wurde durch die leitenden Bemühungen seines Schulfreundes und einer sinnlichen Dame die Freilassung erwirkt.

G. war vor Antritt der Reise auf dem französischen Konsulat in Dresden gewesen, wo ihm gesagt wurde, daß er auf seinen Paß hin unangesehen bis Paris fahren könne. Auf seine Bemerkung, daß in den Zeitungen zu lesen sei, man brauche die Einreisegenehmigung, erwiderte der Konsul: „Wenn Sie alles glauben, was in den Zeitungen steht, bedauere ich Sie.“

Als G. dies dem Offizier in Dären vorhielt, antwortete dieser, daß es überhaupt kein Konsulat in Dresden gäbe, nannte ihn einen Schwindler und spie ihm ins Gesicht. Wenn er nicht Französisch könne, sollte er sein Maul halten. Nach der Freilassung hat sich G. beschwerend an seine Regierung gewandt.

Vandervelde und die Ruhrbesetzung.

Aus der jetzt vorliegenden Nummer des Brüsseler „Peuple“ vom 13. Juni, die die Rede Vanderveldes in der Ruhr-Debatte der belgischen Kammer ausführlich wiedergibt, geht hervor, daß Vandervelde, entsprechend unserer Vermutung und im Gegensatz zu dem Wortlaut eines Eca-Tesegramms, den Standpunkt, daß man an der Ruhr so lange bleiben, bis Deutschland alles bezahlt haben würde, mit aller Entschiedenheit bekämpft hat. Die Rede Vanderveldes war übrigens eine so scharfe Abrechnung mit der Ruhrpolitik, daß sie fortwährend von den Bürgerlichen durch lebhafteste Zwischenrufe unterbrochen wurde. Als er die Besetzung des Ruhrgebiets mit der Invasion Belgiens und die passive Resistenz beider Bevölkerungen verglich, wurde ihm sogar zugerufen, seine Sprache sei „ekelerregend“.

	15. Juni		14. Juni	
	Ruhler (Gold-) Kurs	Verlauer (Weil-) Kurs	Ruhler (Gold-) Kurs	Verlauer (Weil-) Kurs
1 holländischer Gulden	42044.50	42255.50	42792.50	43007.50
1 argentinische Papier-Peso	39402.50	38566.50	38902.50	39097.50
1 belgischer Franc	5885.—	5885.—	5885.—	5915.—
1 norwegische Krone	17655.50	17744.50	17955.—	18095.—
1 dänische Krone	19351.50	19448.50	19451.—	19549.—
1 schwedische Krone	28623.50	28671.50	28728.50	28871.50
1 finnische Mark	—	—	2892.50	2907.50
1 japanischer Yen	51871.—	51639.—	51871.—	51639.—
1 italienische Lire	4837.50	4822.50	4837.50	4812.50
1 Pfund Sterling	488762.—	488283.—	508737.—	508263.—
1 Dollar	107430.50	107989.50	107730.—	108270.—
1 französischer Franc	6738.—	6767.—	6738.—	6817.—
1 brasilianischer Milreis	10673.—	10722.—	10573.50	10626.50
1 Schweizer Franc	19053.—	19145.—	19201.50	19298.50
1 spanische Pseta	15980.50	15739.50	15710.50	15789.50
100 Herr. Kronen (abgest.)	—	—	150.87	151.63
1 tschechische Krone	—	—	3172.—	3188.—
1 ungarische Krone	—	—	18.46	18.54
1 bulgarische Lewa	—	—	1271.50	1278.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1172.—	1178.—

Das Gas im Haushalt.

In einer Zeit der Kohlenknappheit erscheint es nur zu sehr verständlich, daß sich Bestrebungen finden, den kostbaren Brennstoff so rationell als möglich auszunutzen. Die Gasindustrie fühlt sich zu dieser Aufgabe besonders berufen und auch die Grob-Berliner städtischen Elektrizitätswerke haben es als ihre Pflicht erachtet, nach dieser Richtung hin im Interesse der Allgemeinheit zu wirken.

Um der Einwohnerschaft einen möglichst umfangreichen Anschauungsunterricht für die (parasame Verwendung des Gases in Haushalt, Gewerbe und Industrie zu geben, hat dieser kommunale Betrieb in seinem Verwaltungsgebäude Neue Friedrichstraße Nr. 109, Ecke der Stralauer Straße, eine ständige Ausstellung eingerichtet, in der die modernsten Einrichtungen der Gasindustrie aufgestellt sind und jederzeit im Betriebe vorgeführt werden können. Die offizielle Eröffnung dieser Ausstellung fand heute vormittag statt. Nach Begrüßung der Gäste durch Direktor Gademert erläuterten die Herren Väterath und Lombini Zweck und Ziel der Ausstellung. In einem Raum ist die Beschläge untergebracht, in der Küche, Gasherde, Brot- und Backofen, Bügelapparate u. a. m., sowie auch die gebräuchlichsten Beleuchtungsarten für Stroh- und Hängellicht untergebracht sind. Man gewinnt bei der Besichtigung dieses Teils der Ausstellung allgemein den Eindruck, daß die bisher übliche Kücheneinrichtung unserer Mietsofeln vollkommen rückständig und veraltet sind. In einem anderen Saale sind Badefen, Warmwasserapparate für Haushalte und Restaurants, Heizwasserapparate für Kaffeehäuser, Metzgereien, Klinken, Heizanlagen für direkte und indirekte Beheizung aufgestellt. In einem dritten, als Industrieraum bezeichneten, werden Brenner aller Art für Niederdruckgas, Preßgas und Preßluftgasverheizung gezeigt. Es ist ferner eine komplette Härtenanlage, die aus Blühsen, Delanloshofen und Salzbadofen, wie sie in der Industrie gebräuchlich sind, vorhanden. Daneben findet man Schmelzöfen, Schweißöfen, Hochdruckbrenner für Schweiß- und Schweißgasmaschinen, für Klempner- und Plätteranlagen. Sehr hübsch ist eine kleine Sammlung von Photographien, die die Schornsteine von Berliner Fabriken in voller Tätigkeit zeigt, worunter sich zwei Bilder befinden, die die Atmosphäre am Sonntag und am Werktag erkennen läßt. Mit dieser Darstellung soll die Verschwendung kostbarer Heizstoffe illustriert werden.

Die Ausstellungsgegenstände, die teilweise im Betriebe vorgeführt wurden, sollen auch als Lehrmittel sowohl für die Ausbildung des Personals der Gaswerke selber, als auch von Haushaltungsschülerinnen Verwendung finden. Es wird zu diesem Zwecke in den Ausstellungsräumen selbst Unterricht erteilt werden. Die Ausstellung fand mit Recht den allgemeinen Beifall der geladenen Gäste und kann der Allgemeinheit zum Besuch sehr empfohlen werden. Die Ausstellung ist werktäglich von 9-3, am Sonnabend jedoch nur bis 1 geöffnet.

Gegen die Brotverwertung.

Die Stadt Berlin muß die Verantwortung ablehnen.

Die Ernährungsdeputation war heute vormittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, weil der Magistrat ohne ihre Zustimmung der bereits mitgeteilten am Montag in Kraft tretenden Brotverwertung nicht zustimmen wollte. Mit den Stimmen der Rechten wurde die neue Preisfestsetzung angenommen. Sie ist diesmal durch die Erhöhung der Gehaltelöhne und die Kohlenverwertung bedingt. Angesichts der prekären Lage der Gehaltelöhne, die ihre neustetgelegten Löhne immer erst dann erhalten, wenn die neue Preisfestsetzung die verschiedenen Anläufe durchlaufen hat, verzichtete die Deputation bis auf weiteres auf ihr Recht, über Brotpreisverhöhungen zu beschließen, soweit sie durch höhere Löhne zu erklären sind. Da aber die Hauptursache der Brotverwertung in dem fälligen Ansteigen der Getreide- und Mehlpreise zu suchen ist, nahm die Deputation einen kommunistischen Antrag an, der gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung namentlich auf dem Gebiet der Brotverwertung energisch protestiert und die Regierung darauf aufmerksam macht, daß ihre Politik die Arbeitskraft der breiten Massen der Bevölkerung vollständig untergraben muß. Die Resolution der Deputation soll durch das Nachrichtenamt auch der Presse zugestellt werden, da die Mitglieder der Deputation Wert auf die Feststellung legen, daß sie und die Stadt Berlin an den jetzt eintretenden Brotverwertungen, die auch der Magistrat nicht aufhalten kann, unschuldig sind und daß die Verantwortung für die schädlichen Auswirkungen dieser Politik die bürgerliche Reichstagsmehrheit trifft, die dem freien Handel die Schranken hemmungslos geöffnet hat.

Wucher mit Brennspiritus.

Geklagt wird, daß der in diesen Haushaltungen gebrauchte und auch unseren Kleingärtnern so notwendige Brennspiritus zurzeit überhaupt nicht zu haben ist. In Geschäften, die sonst Brennspiritus führen, erhält man die Anmord, der Verkauf sei durch die Monopolverwaltung gesperrt, bis neue Preise festgesetzt werden. Der letzte Preis ging bereits bis zu 4000 M. für ein Liter, gegenüber 35 Pfennig für ein Liter im Jahre 1914, so daß schon eine Steigerung auf das rund Zwösfache erreicht ist. Hart werden von der Spiritussteuerung und der Verkaufssperre auch Kranke getroffen, da am Krankenbett dieser Brennstoff fast unentbehrlich ist zur raschen und bequemen Zubereitung von warmem Wasser, warmen Getränken usw. und auch zum Gebrauch von Inhalationsapparaten. Die Monopolverwaltung sollte sich öffentlich darüber äußern, ob sie selber die Sperre verhängt hat oder ob das nur Händler tun, die auf Wucherpreise warten.

Erfrorene Platänen.

Die herrlichen Platänen-Alleen im Treptower Park, auch bei Potsdam und in anderen Gegendern der Berliner Umgebung, machen jetzt den Eindruck, als ob die Bäume, die bekanntlich durch ihren geschälten Stamm auffallen, dem Absterben nahe sind. Die Hälfte der Platanen ist völlig schwarz oder schon abgefallen, der Stamm hat die frische Farbe verloren und spielt schon in das Schwarze hinein. Die Vermutung, daß hier ein besonderer Baumkrankheit mitleid, bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Wie das städtische Gartenbauamt Treptow mitteilt, ist der Schaden nur auf Frost zurückzuführen, Platänen sind südlichen Ursprungs und können die anhaltend rauhe Witterung dieses mildernden Frühjahrs nicht vertragen. Man hofft aber, daß die schönen Bäume sich beim Eintritt wärmerer Witterung schnell erholen und dann neue Triebe ansetzen werden. Das völlige Eingehen ist nicht zu befürchten.

Gestohlene Oelgemälde.

Gleich nach der Eröffnung der Großen Berliner Kunstausstellung wurde aus der Ausstellung das Oelbild des Genremalers Ruzr Nade „Mein Viehling“ gestohlen. Am 4. d. M. wurde nun in der Mittagszeit aus der Ausstellung ein zweites Bild des Künstlers „Im Park“ entwendet. Es kommt bereits aus dem Jahre 1884 und ist auf Tapete gemalt. Die Szene stellt zwei Männer im Park dar, die, auf einer grün-roten Fläche sitzend, sich im Bistolenstehen üben. Sie scheinen in einem kleinen weichen Ziel, das an einem Eisenstamm befestigt ist. Auch „Mein Viehling“ ist noch nicht wiedergefunden. Dieses Bild stellt eine grove Kröte auf einem 17 x 28 Zentimeter großen Rahmengestell dar. Es ist eine braune Kröte mit braunen und schwarzen Flecken und Wangen und gelben Augen. Sie kriecht über grünes Gras, trockenes Laub und schwarze Erde. Auf die Wiederbeschaffung der beiden Bilder ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Aus den Stadtbahnhöfen stellen Ferner unbekanntes Einbrecher aus einer Riste, die sie erdrücken, ein Delbild „Die kleine Schne-

grube im Winter“, das sie aus dem Rahmen herausgeschnitten. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin, Dienststelle B. I. 3. im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 433 und 416.

Saison der Außenspielfläche.

An die Väter und Mütter der Berliner Schulkinder!

Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Pflanzstellen in den ländlichen Bezirken und den überaus hohen Beförderungskosten ist es, wie bereits in den Vorjahren, der Stadt Berlin leider nicht möglich, allen bedürftigen Kindern den ihnen während der Sommerferien so dringend notwendigen Landbausehalt zu gewähren. Den zurückbleibenden sollen deshalb auch in diesem Jahre die Ferien-spiele auf den städtischen Außenspielflächen als Erholungsaufenthalt einen Ersatz in verhältnismäßig guter Luft unter sachgemäßer Leitung bieten. Die Kinder werden unter zuverlässiger Aufsicht werktäglich von morgens bis abends auf den Spielflächen untergebracht und versorgt. Die Kinder erhalten in der üblichen Weise Morgentasse mit Milch und Zucker, Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Milch und Gebäck. Zum Spielen unter sachgemäßer Anleitung stehen Spielgeräte, Freilichtbühnen usw. zur Verfügung. Es werden Wochen- und Tageskarten ausgegeben. Die Beiträge werden allmonatlich — entsprechend der Feuerungszeit — neu festgesetzt. Zurzeit gelten folgende Preise der Kinderbeiträge: Für die ersten Kinder einer Familie Wochenkarte 90 oder Tageskarte 210 M., für die zweiten Kinder einer Familie Wochenkarte 80 oder Tageskarte 185 M.; die dritten und weiteren Kinder einer Familie sind frei. Die Wochenbeiträge werden am Montagmorgen jeder Woche, die Summen für die Tageskarten jeden Morgen durch die Leiter und Leiterinnen der einzelnen Abteilungen vor dem Abmarsch auf den Sammelstellen eingezogen. Sammelplätze der Kinder sind folgende: Schulhöfe: 1. für Spielfläche Brunwald: Berlin, Seehofstraße 26, Derfflinger Str. 18a, Culinstr. 15, Tempelhofer Ufer 20, Gneisenaustr. 7; Schöneberg: Feuerstraße; Spandau: Mauerstraße. 2. für Spielfläche Jungfernhöhe: Charlottenburg: Wiebestraße 57/58, Kirchhoffstr. (ehem. Bürgermädchenschule), Joachimshaler Str. 31/32, Spreestr. 20, Kaminstr. 16/17, Schloßstr. 2, Wipplendstr. 33/34; Siemensstadt: Gemeindefschule. 3. für Spielfläche Tegel: Berlin: Lammstr. 75, Bremer Str. 13/17, Alt-Neubitz 23, Stephanstr. 3, Müllerstr. 158, Schulstr. 99, Ostfender Str. 39, Müllerstr. 48, Schöningstr. 17; Reinickendorf: Lindauer Str. Eichhornstr.; Bittenau: Sommerfeldstr. 4. für Spielfläche Blankensee: 1. Berlin: Reibelstr. 31, Prenzlauer Allee 227, Palteustr. 5, Senefelderstr. 6, Dreifelderweg Str. 20; Pantow: Grünowstr., Kaiser-Friedrich-Str.; Nordend: Rosenfelder Weg, Kaiser-Wilhelm-Str. 5. für Spielfläche Blankensee II: Berlin: Gipsstr. 23a, Straßburger Str. 54, Christianiöftr. 36, Sonnenburger Str. 20, Oderberger Str. 57; Rosenthal: Kastanienallee. 6. für Spielfläche Buch: Berlin: Hannoverische Str. 20, Reffelstraße 3/4, Gartenstr. 107a, Tubufer Str. 3, Panzstr. 20, Prinzenallee 8, Drielenstr. 22. 7. für Spielfläche Hohenschönhausen: Berlin: Hausburgstr., Zellestr. 12, Bettendorfer Str. 20; Weihensee: Wörthstr.; Lichtenberg: Köderplatz. 8. für Spielfläche Wartenberg: Berlin: Remer Str. 24, Cr. Frankfurter Str. 23, Friedenstr. 31, Olivaer Str. 29, Straßmannstr. 6, Petersburger Str. 4. 9. für Spielfläche Bierdebut: Berlin: Gohlerstr. 61; Köpenick: Borgmannstr., Olenider Str., Amst. Grünau-Bohnsdorf: Bahnhof Grünau; Friedrichshagen: Kurpark; Alt-Glienitz: Adlershof: Süßer Grund am Bahnhof Adlershof. 10. für Spielfläche Wuhlheide: Berlin: Köpenicker Str. 125, Mariannenufer 1a, Lange Str. 76, Markusstr. 49, Niederwallstraße 67; Lichtenberg: Holteistr.; Oberschönweide: Frühlische 3. 11. für Spielfläche Königsheide: Neufün: Bobbinstr., Donaust., Hergbergplatz, Wörthstr.; Baumhulensweg-Johannisthal: Wilhelmstr. 5. 12. für Spielfläche Plänterwald: Berlin: Dieffenbachstr. 60, Wilmsstr. 10, Alie Jakobstr. 127, Brüder Str. 17, Reichenberger Str. 131, Gölzstr. Str. 51, Köpenicker Str. 2; Stralau-Nummelsburg-Treptow: Kiehlholzstr. 274; Niederschönweide: Berliner Str. 31; Mariendorf: Ede Kurfürstenstr.; Tempelhofer Bahnhof, Nordseite. 13. für den Spielfläche Dahle-m: Steglitz: Heefestr. 15; Wilmersdorf: Gieseler Str. 17; Lichterfelde-West: Neuchäteller Str., Ede Handelplatz; Lichterfelde-Ost: Kastanienstr. 7; Zehlendorf. Die Kinder müssen sich an den Spielplätzen (Werktag) bis spätestens 7 1/2 Uhr vormittags auf einem der vorgenannten Sammelplätze einfinden.

Der Magistrat hat zur Durchführung der Ferien-spiele weitere 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Ursache der Breiitknappheit.

Zu der Mitteilung des Kohlenamtes über die Ursache der zurzeit mangelhaften Versorgung Berlins mit Breiitets wird von sachverständiger Seite ergänzend mitgeteilt:

Nachdem die Partizipationsaktion der Reichsbank zu einer Verbilligung aller Verbrauchswerte geführt hatte, schien es, als ob auch die Kohlenpreise herabgehen würden. Die Verbraucher hielten deshalb mit Käufen zurück und die Folge war, daß sich auf den Plätzen erhebliche Mengen von Kohlen und Breiitets ansammelten. Man suchte daher nach Mitteln, die Verbraucherschaft zu vermehrten Käufen anzureizen und das Kohlenamt hob im Einverständnis mit den Fachinstituten die Kundenliste auf. Es schritt aber auch gleichzeitig zur Freigabe nicht nur der Nummern 1 und 2 der Kohlenkarte, sondern auch der Nummern 3 und 5 und zwar sämtlich mit der doppelten Menge. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme stiegen die Preise infolge des Zusammenbruchs der Partizipationsaktion rapid und nunmehr begann plötzlich der Ansturm auf die Kohlengeschäfte, deren Bestände im Handumdrehen geräumt waren. Dies war der Beginn der Breiitknappheit, die noch eine zeitlang andauern dürfte, weil nunmehr das Kontingent für Berlin den Bedarf der Bevölkerung nicht mehr genügt. Wer im Besitz der nötigen Kapitalien ist, vermag sich sehr vor Eintritt der voraussehbaren neuen Preissteigerungen einzudecken, während der minderbemittelte Verbraucher leer ausgeht. Die Kohlenhändler werden vom Publikum bestürmt und vielfach der Zurückhaltung der Kohlen beschuldigt, während sie selbst nicht in ausreichendem Maße in den Besitz der Zahlenmengen gelangen, die freigegeben sind. Das ist begreiflich, wenn man erwägt, daß für die Belieferung einer Nummer der Kohlenkarte mit der einfachen Menge nicht weniger als 15 000 Tonnen Breiitets notwendig sind, für fünf Nummern mit doppelter Belieferung also 1 500 000 Tonnen. Da Berlin aber nur monatlich etwa 125 000 Tonnen Breiitets erhält, sind zur Belieferung dieser fünf Nummern nicht weniger als zwölf Monate notwendig.

Die heutige Sitzung im Köhn-Prozess verzögerte sich, weil Landgerichtsdirektor Sieger Köhn die von diesem gewünschte Unterredung unter vier Augen gewährte. Dann wurde die Vernehmung des Angeklagten Reufen vorgenommen, der Kassierer bei Köhn gewesen war. Er ist von Beruf Bauarchitekt und war von einem gewissen Walter zu Köhn gebracht worden, der einen vertrauenswürdigen Herrn als Kassierer brauchte. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Meyers wird dann noch einem Meinungstretler der Verteidiger beschloffen, Heinrich Sklarz zu laden und ihn darüber zu vernehmen, was Köhn ihm über die Ursache des Zusammenbruchs und über die Bonität des Unternehmens gesagt hat. Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten Reufen kommt es dann zu Widersprüchen zwischen ihm und Köhn, wor die Abrechnungen mit den o-mwärtigen Vertretern vorgenommen habe.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Einmal wärmer, zunächst vielach keller bei ziemlich trübem wolkenigen Wintern, nachher wieder zunehmende Bewölkung und leichte Regenschäue.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Preis Friedrichshagen, Altmarktstr. 12. Die Zusammenkunft heute abend findet bei Witzke, Petersburger Straße 4, statt.

